

**Kommunalfinanzbericht 2016
Strukturelle Unterfinanzierung
erfordert steuerpolitisches Umdenken**

Wiesbaden, 5. Februar 2016. ver.di Hessen hat heute in Wiesbaden den vierten Kommunalfinanzbericht vorgestellt. Kai Eicker-Wolf, einer der beiden Autoren der Studie, fasst die wesentlichen Ergebnisse wie folgt zusammen: „Seit dem letzten hessischen ver.di-Kommunalfinanzbericht im Jahr 2013 hat sich die Finanzlage der hessischen Kommunen etwas verbessert. Dies liegt zum einen an der unerwartet guten Entwicklung der Steuereinnahmen, zum anderen an der Kostenübernahme des Bundes für einige von ihm veranlasste kommunale Sozialausgaben. Landespolitische Maßnahmen haben die Kommunen seit 2011 dauerhaft per saldo eher geschwächt.“

Durchaus kritisch, so Eicker-Wolf weiter, sei nach wie vor der hohe Schuldenstand: „Bereinigt um die Effekte des Schutzschirms sind die Kassenkredite bis 2014 angestiegen, so dass eine echte Trendwende weiter aussteht. Hochgradig problematisch ist zudem das geringe Investitionsvolumen der Kommunen. So weist die Investitionsquote den niedrigsten Wert in den vergangenen 20 Jahren auf. Das jüngst verabschiedete Investitionsprogramm des Landes ist gemessen an dem bestehenden großen Investitionsstau zu gering dimensioniert. Es droht in den kommenden Jahren ein weiterer Verfall der kommunalen Infrastruktur, das heißt von Straßen, Schulgebäuden usw.“

Gerhard Abendschein, Leiter des Landesfachbereichs Gemeinden, fordert verstärkte Anstrengungen von Bund und Land zur Entlastung und Stärkung der Städte, Gemeinden und Landkreise. Die Herausforderungen für die Kommunen, so Abendschein, werden dadurch vergrößert, dass die Integration der nach Deutschland geflohenen Menschen zu bewältigen ist. So würden im sozialen Bereich die ohnehin schon knappen Kräfte oft abgezogen, um bei der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen zu helfen. „Wer hier nicht mit dem Einstellen von genügend Personal gegensteuert, der riskiert einen sozialen Flächenbrand.“ Konkret nennt Abendschein hier die Kindertagesstätten. „In den Kitas ist die Personaldecke schon jetzt viel zu dünn. Durch die Flucht von Familien nach Deutschland ist mit mehr Kindern in den Kindertageseinrichtungen zu rechnen. Diese Aufgabe ist mit dem aktuell bestehenden Personalschlüssel nicht angemessen zu bewältigen. Es wird höchste Zeit, dass sich der Personalstand im vorschulischen Bereich an den Empfehlungen der Europäischen Kommission ausrichtet. Hier muss die Politik endlich handeln.“

Der Landesbezirksleiter von ver.di Hessen, Jürgen Bothner, problematisiert die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen, die zu verzeichnen ist. Bothner fordert eine Steuerpolitik, die den Unternehmenssektor und reiche Haushalte höher besteuert. Gerade die besonders ausgeprägte Konzentration der Vermögen in Deutschland sei dabei ein schlagendes Argument für die Wiedererhebung der Vermögensteuer: „In Deutschland besitzen die oberen 10 Prozent zwei Drittel des gesamten Vermögens in Höhe von über 8 Billionen Euro,

die untere Hälfte der deutschen Bevölkerung hingegen verfügt über so gut wie kein Vermögen. Damit ist der Reichtum bei uns höher konzentriert als etwa in Frankreich oder Spanien. Gleichzeitig sind die öffentlichen Haushalte unterfinanziert. Deshalb fordern wir die Wiedererhebung der Vermögenssteuer: Diese würde bei einem Freibetrag von 1 Million Euro und einem moderaten Steuersatz von 1 Prozent dem Land Hessen fast 1,6 Milliarden Euro in die Kasse spülen. Hiervon könnten auch die Kommunen durch entsprechende Landeszuweisungen profitieren. Daneben sollte auch eine stärkere Besteuerung von hohen Erbschaften und der erheblich gestiegenen Unternehmensgewinne ins Auge gefasst werden.“

Presserechtlich verantwortlich: Ute Fritzel (Pressestelle)

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (**ver.di**), Landesbezirk Hessen
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 - 77 (Postfach 20 02 55), 60606 Frankfurt am Main
Festnetz: (069) 2569-1110, Mobil: 0170 8142532, www.hessen.verdi.de
E-Mail: ute.fritzel@verdi.de, Fax: (069) 2569-1199